

Rettet die Bildung vor dem Staatsversagen!

Warum Lernen unsere eigene Sache ist und nicht die der Funktionäre

von Robert Nef

Der Autor und ef-Redaktionsbeirat war langjähriger Leiter des Liberalen Instituts Zürich und ist derzeit Stiftungsratspräsident.
Foto (Schule) von ttf

Bildung ist eine Investition in aktuelles und künftiges Humankapital, und dieses ist wiederum ein Schlüsselbereich der Produktivitätszunahme und des allgemeinen Wohlstands. Bildung ist ein entscheidender zivilisatorischer Entwicklungsfaktor. Man nennt sie mit guten Gründen ein „öffentliches Gut“. Das heißt aber nicht, dass man sie deswegen vorwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzieren müsste. Im Gegenteil, man sollte sie aus dem Teufelskreis des Schuldenmacherstaates herausführen und den Impulsen einer offenen Zivilgesellschaft aussetzen!

Denn der Staat hat sich bisher in allen innovationsbedürftigen Produktionsbereichen auf die Dauer als relativ unfähig und rückständig erwiesen. Die Bildung ist eine zu wichtige Sache, als dass man sie dem Staat und seinen Bildungsfunktionären überlassen dürfte. Auch Bildung muss so direkt wie möglich der Privatautonomie, das heißt einem auf Privateigentum, Familie, Vertrag und Haftung basierenden und generationenübergreifenden Anreiz- und Lernsystem von Angebot und Nachfrage ausgesetzt werden.

Es gehört zu den Paradoxien des 20. Jahrhunderts, dass man die Lehren aus dem offensichtlichen Versagen aller Formen der Zentralverwaltungswirtschaft nur sehr selektiv gezogen hat. Die Produktion und der Konsum von Waren und ausgewählten Dienstleistungen werden zwar dem Markt überlassen. Aber in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeit, Kommunikation und zunehmend auch in der Kultur glaubt man vor allem in Europa noch fest an die segensreiche Auswirkung des staatlichen Zwangs und der bürokratischen Top-down-Planung durch selbsternannte Fachleute. Beharrlich hält man an Misch- und Misssystemen fest, die

ausgerechnet in den entscheidenden Wachstumsbereichen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihre eigene Lernfähigkeit verlieren, finanziell aus dem Ruder laufen und den Anschluss an die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht mehr schaffen. Diese Fehlentwicklung ist im staatsgläubig-sozialdemokratischen Europa im vollen Gange, nur will dies in den „geschützten Werkstätten“ unserer vorwiegend direkt subventionierten Bildungsinstitutionen kaum jemand wahrnehmen und wahrhaben.

Hohe Jugendarbeitslosigkeit als Folge verfehlter Bildungsstrukturen

Die relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit ist beispielsweise ein alarmierendes Zeichen für ein immer realitätsfremdes Schulsystem und Bildungswesen. Finnland hat bei einem europäischen Rating seines Bildungswesens den ersten Rang belegt. Trotzdem finden dort 20 Prozent der offenbar Top-Ausgebildeten keine Arbeit. Da stimmt etwas nicht. Zum Teil mag es an einem überregulierten Arbeitsmarkt liegen, der die Newcomer durch exzessiven Kündigungsschutz, Minimal- und Tariflöhne diskriminiert. Eine lebens- und realitätsnahe Ausbildung würde aber auch Wege weisen zum flexiblen Kleinunternehmertum als Alternative zum entmündigenden und demoralisierenden sozialstaatlichen Frührentnertum.

Wieso sollen staatliche Bildungsfunktionäre besser über die Bedürfnisse eines Schülers entscheiden können als dessen eigene Eltern oder er selbst? Weshalb soll nun gerade in Bildungsfragen ein staatliches Quasi-Monopol besser funktionieren als der freie Wettbewerb? Warum soll ausgerechnet in diesem Bereich das marktwirtschaftliche

Prinzip der Finanzierung durch die Benutzer mit all seinen Rückkopplungen und permanenten Lern- und Verbesserungspotentialen nicht gelten? Dass begabte Kinder unbemittelter und uneinsichtiger Eltern niemanden finden, der bereit wäre, in dieses Potential zu investieren, ist in einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung, die von der Entdeckung und Förderung von Talenten abhängig ist, zunehmend unwahrscheinlich. Für die Entwicklung einer Wissensgesellschaft ist es außerordentlich wichtig, dass die Menschen (die Bildungskunden selbst, ihre Eltern und mögliche private Investoren in künftiges Humankapital) generell privat mehr – ja, viel mehr – Energie, Zeit und Geld in die Bildung investieren, und zwar lebenslanglich und nicht nur zwischen fünf und 25 Jahren.

Die Schweiz und Deutschland haben im europäischen Vergleich eine relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit. Dies ist nicht zuletzt auf das dort noch funktionierende duale Bildungssystem zurückzuführen, in dem die weitgehend privat- und eigenfinanzierte Berufslehre noch eine Rolle spielt und sich dem Zwang zur Bürokratisierung wenigstens zum Teil noch entzogen hat.

Zunehmender globaler Konkurrenzdruck

In Indien, in China und in vielen Schwellenländern ist der hohe Stellenwert der Bildung von den Eltern vieler bildungsfähiger, bildungshungriger und daher auch bildungswilliger Jugendlicher längst erkannt worden. Sie investieren privat – auch im langfristigen Eigeninteresse – in die Bildung ihrer Kinder, und dies bevor sie sich Ferien, ein Auto oder sonstige Bequemlichkeiten leisten. Diese innerfamiliär motivierten Bildungsinvestitionen haben auch



Bildungsbunker: Lehr- oder Strafanstalt?

dann, oder besser: gerade dann, ein Wachstumspotenzial, wenn die Staatsmittel knapper werden sollten. Die Zukunft der Bildung ist damit nicht an die Zukunft der Staatsfinanzen und an die stets problematischen Entscheidungsmechanismen umverteilender Politik gekoppelt.

Diese hoch motivierten Jugendlichen werden früher oder später die verwöhnte, staatlich geförderte Jugend Europas auf dem globalen Arbeitsmarkt herausfordern und überflügeln. Die durch historische Erfahrungen gestärkte abgrundtiefe Staatsskepsis hat einen auf Familien, Kleingruppen und Privatautonomie abgestützten, zielgerichteten Lern- und Leistungswillen hervorgebracht, der in Verbindung mit einer immer globaler werdenden und allgemein zugänglichen technischen Zivilisation die Bedeutung des Humankapitals in den Vordergrund rückt. Lernbereitschaft und Lernfähigkeit werden immer wichtiger, und die Bedeutung aller traditionellen auf Rohstoffreichtum und politisch-militärische Überlegenheit abgestützten internationalen Machtpositionen nimmt ab. Bildungs- und Leistungsbereitschaft werden zum wichtigsten globalen Wettbewerbsvorteil.

Darauf werden auch die vorwiegend staatlich finanzierten Bildungsbürokratien reagieren. Sie leiden aber an der Schwerfälligkeit einer zentral verwalteten und auf Zwang basierten Organisationsstruktur, die einen zunehmenden staatlichen Kontrollaufwand auslöst und schließlich an die Grenzen der kollektiven Finanzierbarkeit durch Besteuerung und Verschuldung gelangt. Die Bildung, die im globalen Wettbewerb gefragt ist, kann früher oder später über den Fiskus nicht mehr finanziert werden. Wer selbst oder als Eltern

oder Arbeitgeber in die Bildung investiert hat, ist auch an einer Leistungs- und Qualitätskontrolle bei den Lehrenden und an einer Erfolgskontrolle bei den Lernenden interessiert. Diese Kontrolle durch direkte Rückkopplung hat auf die Dauer mehr Erfolgchancen.

Die direkte Selbstkontrolle hört nach dem sogenannten Bildungsabschluss und bei einem Prüfungserfolg nicht auf, sondern erst nach der geglückten Integration in den Arbeitsmarkt und in gesamtgesellschaftliche Strukturen. Was die internationalen Bildungsratings bei der Bildungs- und Diplomabschlussqualität messen und vergleichen, ist eine realitätsferne Nabelschau von Bildungsbürokraten, die den Erfolg ihrer Rezepte an selbstgewählten und zum Teil fragwürdigen Kriterien messen.

Der Teufelskreis staatlich finanziert Bildung

Je mehr der Staat die Aufgabe der Bildungsfinanzierung samt Qualitätskontrolle übernimmt, desto weniger sind die Individuen bereit, selbst dafür etwas auszulegen und den Erfolg zu überwachen: Ein gefährlicher Teufelskreis der Entwöhnung von einer funktionsfähigen Benutzerfinanzierung und der Gewöhnung an zweifelhafte Krücken, vor allem wenn man berücksichtigt, dass sich der Staat generell zunehmend auf Pump finanziert und früher oder später in allen Bereichen so oder so weniger ausgeben kann. Man macht sich kaum einen Begriff, wie staatsgläubig auch viele „Bürgerliche“ in Europa bereits geworden sind. Man denkt ungern an jene Entzugerscheinungen, die bei einer subventionsgewohnten, teilentmündigten und staatsüchtigen Bevölkerung auftreten, wenn die Droge der staatlichen Förderung nicht mehr regelmäßig verabreicht werden kann,

weil dazu die öffentlichen Mittel fehlen.

Das letzte, das in einem demokratischen Daseinsvorsorgestaat bei den öffentlichen Ausgaben gekürzt wird, ist die Umverteilung bei den Sozialleistungen und im Gesundheitswesen. Bildung, vor allem höhere Bildung, rutscht bezüglich ihres Anteils an öffentlichen Ausgaben bei Mehrheiten schneller einmal in eine tiefere Priorität. Der Bildungsbereich wird also bald schon unter Druck von demokratisch legitimierten Sparprogrammen geraten. Will man diesen Bereich nicht bereits mittelfristig dem Rotstift des Schuldenmachers und dem Kollektivegoismus der wachsenden Zahl älterer Staatsrentner ausliefern, muss so schnell wie möglich auch im Bildungsbereich die konsequente Benutzerfinanzierung und die Entwicklung marktwirtschaftlicher Finanzierungsstrukturen vorangetrieben werden. Sonst sinkt die hiesige Bildung rasch unter das Niveau jener Staaten und Gesellschaften, die das Gespür für den ökonomischen Stellenwert der Bildung für die Privathaushalte noch nicht verloren haben. Chinesen und Inder lassen ihre Jugend übrigens vor allem in Natur- und Ingenieurwissenschaften ausbilden – und nicht in Kunstgeschichte, Soziologie, Journalistik und Psychologie.

Mehr Mut, keine Denkverbote

Staats skeptiker haben einen schweren Stand, wenn sie sich gegen Institutionen und Traditionen wehren, die seit langem etabliert sind. Doch die Zeiten ändern sich. Wir müssen jetzt bereit sein, an staatlichen Monopolstrukturen zu rütteln und auch dort marktwirtschaftliche Alternativen ins Auge zu fassen, wo dies noch als skandalös empfunden wird. ○